

Nahostpartner Schmidt, Kronprinz Fahd*: Nichts anderes im Sinn, als Waffen zu verkaufen und Erdöl einzukaufen?

Deutsche und Juden: Kniefall wiederholen?

Nach den Ausfällen Menachem Begins gegen Helmut Schmidt droht das deutsch-israelische Verhältnis in die Brüche zu gehen, 36 Jahre nach Kriegsende ist Aussöh-

nung wieder fern. Noch erfreut sich der Kanzler breiter Solidarität. Doch schon erheben sich Vorwürfe, er trage Mitschuld am Unfrieden zwischen Bonn und Jerusalem.

So etwas hatte der Kanzler schon lange nicht mehr erlebt. Wo er sich letzte Woche blicken ließ, schlug ihm Beifall entgegen. Seine eigenen Leute scharten sich um ihn, die Gegner von der Opposition boten ihm Hilfe an. Und, ein Ereignis besonderer Art: Welche Zeitung er auch aufschlug, überall gab es nur Sympathiebeweise.

Das alles hat einer vollbracht, der den Kanzler der Bundesrepublik schlug, in Wahrheit aber die Deutschen meinte: der Israeli Menachem Begin.

Die maßlosen Angriffe des Ministerpräsidenten aus Jerusalem gegen den Bonner Regierungschef, seine gehässigen Beschimpfungen eines ehemaligen Oberleutnants der großdeutschen Wehrmacht namens Helmut Schmidt haben in Bonn für einen Augenblick wenigstens wieder jene Gemeinsamkeit der Demokraten erzeugt, deren Verlust Regierung wie Opposition sonst so heftig beklagen — eine Solidaritätsbekundung nicht nur für die Person Schmidt, sondern auch Nachweis für den Wunsch der Politiker, daß mit der Aufrechnung von Schuld und Sühne einmal Schluß sein müsse. 36 Jahre nach Kriegsende wollen sich die Deut-

schen nicht als einig Volk von Nazis fühlen.

Kaum war Helmut Schmidt am vorletzten Donnerstag aus Saudi-Arabien zurückgekehrt, kaum hatte er eine erste Bilanz gezogen, da gingen Schmähungen auf ihn nieder, die zwischen Staatsmännern einmalig sind.



Israel-Premier Begin*
„Den Deutschen nie vergeben“

Unüblich im diplomatischen Geschäft sind Ton und Wortwahl: der Vorwurf der „Arroganz“, der „Frechheit“ an den Regierungschef eines Landes, der Angriff zudem, seine Politik sei von „Habsucht“ geprägt, weil er nichts im Sinn habe, als „Waffen teuer zu verkaufen“ und „Erdöl billig einzukaufen“ (siehe Seite 29).

Allgemeine Empörung erntete Begin auch für seine Verdächtigungen und Verdrehungen, die Schmidt in die Nähe von Nazis und Judenmördern rücken sollten.

Zwar behauptete der Israeli erst gar nicht, er habe Belege. Aber er unterstellte, Helmut Schmidt habe zugesehen, als Generale des Widerstands „mit Klaviersaiten aufgehängt wurden“, er habe „an der Ostfront gekämpft“, wo die Juden „hauptsächlich vernichtet“ wurden (siehe Seite 23).

Als den Kanzler in Bonn Freund und Feind gegen die Attacken in Schutz nahmen, bedankte sich Schmidt in seiner Fraktion gerührt für die ungewohnte Solidarität. Dankbar war er, als sich der Christdemokrat Rainer Barzel im Auswärtigen Ausschuss entschieden von Begin distanzierte. Erfreut bemerkte er, daß auch Oppositionschef Helmut Kohl ausdrücklich keine Entschul-

* Oben: am 29. April in Riad; unten: am 3. Mai vor seiner Fraktion im israelischen Parlament.

Falsches mit Falschem vermischt

Beginn Vorwürfe gegen den Weltkrieg-Leutnant Helmut Schmidt

Der Ministerpräsident wühlte in der Vergangenheit eines Gegners — mit eindeutigem Ziel: ihn in die Nähe der Mörder seines Volkes zu rücken.

Er wisse zwar nicht, so Menachem Begin über Kanzler Helmut Schmidt, was der Deutsche während des Zweiten Weltkriegs „in bezug auf die Juden“ an der Ostfront getan habe. Aber dort seien „hauptsächlich die Juden vernichtet worden“. Schmidt habe jedenfalls in der Wehrmacht des Generalfeldmarschalls Wilhelm Keitel gedient, die den Einsatz der SS gegen die Juden militärisch unterstützt habe.

Wahr ist: Für die Teilnahme an Juden-Pogromen, aktiv oder aus der Ferne, gibt es nicht die geringsten Hinweise. Denn wenn der junge Mann aus Hamburg auch ein schneidiger Soldat war, der es zum Chef einer Flak-Batterie brachte, ein Nazi war er nicht.

So flog der 17jährige 1936 wegen zu flotter Sprüche aus der Marine-Hitler-Jugend, in die er zwei Jahre zuvor mit seinem Schülerruderverein eingegliedert worden war.

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde Schmidt mit einer Flak-Einheit nach Bremen kommandiert. Im Sommer 1941 schließlich rollte Schmidt durch die Sowjet-Union — als Leutnant in der motorisierten leichten Flakabteilung 83, die zunächst vor Leningrad, dann vor Moskau operierte.

Zum Oberleutnant befördert, kam Schmidt 1942 als Ausbilder auf den Schießplatz Kühlungsborn in Mecklenburg, bis ihn seine Vorgesetzten zum Referenten für Ausbildung und Vorschriften „leichte und mittlere Flak“ im Reichsluftfahrtministerium in Berlin machten.

Ende 1944 mußte Schmidt an die Westfront und wurde, dekoriert mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse, von den Engländern nach der gescheiterten Ardennen-Offensive gefangen.

Noch in Berlin hatte sich die Episode ereignet, durch die sich Ministerpräsident Begin nun veranlaßt sah, den Eindruck zu verbreiten, der Deutsche, der nicht Mitglied der NSDAP war, sei ein Nazi gewesen.

Ohne seinen Namen zu nennen, warf der Israeli Schmidt vor, er sei in einem bestimmten Saal in Anwesenheit Hitlers Zeuge gewesen, „als Generale, die 1944 den Teufel ausmerzen wollten, mit Klaviersaiten

aufgehängt wurden“. Der Führer und seine Gesinnungsgenossen hätten applaudiert, „während die Generale langsam starben“.

Begin vermischte dabei Falsches mit Falschem.

Offensichtlich verwechselte er die Vorführung eines im Zuchthaus Berlin-Plötzensee gedrehten Films über die Hinrichtungen von Widerständlern des 20. Juli im Führerbunker der Wolfschanze mit den Prozessen vor dem Volksgerichtshof, wo die Hitler-Gegner abgeurteilt wurden und an denen Schmidt



Oberleutnant Schmidt*
Kesse Kasino-Sprüche

an einem Tag als Beobachter des Reichsluftfahrtministeriums teilnahm.

Gezeigt wurde der Streifen lediglich im Kinoraum der Wolfschanze — in der im übrigen der Offizier Schmidt nie war.

Grotesk: Nicht allein Nazi-Hasser Begin nutzte die Anwesenheit Schmidts im Volksgerichtshof für seine Zwecke, sondern auch das extrem rechte „Deutschland-Magazin“. Die Postille behauptete im vergangenen Jahr, für einen solchen Prozeß sei nur ein Mann abkommandiert worden, „dessen Linientreue über allen Zweifel erhaben war“.

Bereits 1978 hatte CSU-Sprecher Godel Rosenberg geeifert, es hätten nur Soldaten teilgenommen, „die als

* Am 27. Juni 1942 in Hamburg bei seiner Hochzeit mit Hannelore („Loki“) Glaser.

zuverlässige und überzeugte Nationalsozialisten galten“.

Schmidt freilich erleichterte den Rechten das Geschäft — mit seinen Gedächtnislücken. Der Kanzler, der seine Anwesenheit im Volksgericht nie abgestritten hatte, berichtete etwa, er habe einen General gesehen, der, ohne Hosenträger, ständig seine Beinkleider festhalten mußte. An das genaue Datum könne er sich nicht erinnern.

Bei diesem Angeklagten handelte es sich um Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben, der am 8. August 1944 abgeurteilt wurde. Schmidt aber war am 7. September Zeuge, als zivilen Verschwörern der Prozeß gemacht wurde. Unter ihnen: der ehemalige Leipziger Bürgermeister Carl Goerdeler, der Ex-Botschafter Ulrich von Hassell, der Rechtsanwalt Josef Wimmer. Alle wurden zum Tode verurteilt.

Schmidt, der in einer der letzten Reihen saß, kann sich allerdings noch entsinnen, daß er vor Betreten des Sitzungssaals seine Waffe abgeben mußte. Die Verhandlung selbst empfand Schmidt als so bedrückend, daß er seinen Vorgesetzten bat, ihn nicht mehr abzukommandieren.

Warum gerade Schmidt ausgewählt worden war, ist noch immer ungeklärt.

Möglich, daß seine Chefs ihn wegen forschenden Auftretens als geeignet genug empfanden, das Ministerium gut zu repräsentieren; denkbar aber auch, daß sie ihn, wie Schmidt selbst behauptet, abschrecken wollten, weil er mit kessen Kasino-Sprüchen gegen die Herrenmenschen aufgefallen war.

Dritte, glaubhaftere Variante: Die Schmidt-Oberen befahlen ihn zum Tribunal, um zu demonstrieren, daß sie ihren Referenten für politisch zuverlässig hielten, und mögliche Weiterungen gegen den Mann mit der „frechen Klappe“ (Kanzler Schmidt über Oberleutnant Schmidt) von vornherein zu verhindern.

Einige Wochen später brachten ihn abfällige Bemerkungen über den Reichsmarschall Hermann Göring, die ein Denunziant weitergab, in Schwierigkeiten. Doch Kollegen gaben vor, sich nicht zu erinnern — Schmidt entging damit einem Kriegsgerichtsverfahren.

Begin hätte allerdings wohl gerne mehr Opposition bei ihm gesehen. Der Israeli vergangene Woche: Der Deutsche habe „nie seinen Fahnen-eid gebrochen“.

Hätte er es, wie auch immer, getan, wäre Schmidt, so ist zu vermuten, heute nicht Kanzler der Bundesrepublik.

Keinen zweiten Holocaust, bitte!

Israelis, so scheint es, sind andere Menschen. Zwar war es bisher so, daß alle Anti-Antisemiten sich um den Nachweis bemüht haben, daß zwischen Juden und Nichtjuden kein qualitativer Unterschied besteht, daß sie weder bessere noch schlechtere Menschen sind; es sei denn, daß Juden aufgrund ihrer Herkunft und Geschichte etwas „welt-erfahrener“, etwas begabter, etwas klüger, und in diesem Sinne uns „sympathischer“ sind (was für die arabischen Juden nicht durchweg gilt).

Aber da war ja nun der Hitler, da waren Goebbels, Himmler und Speer. Da waren die zehntausend Helfer und Helfershelfer. Und da waren wir selbst. Wir haben, willig oder nicht, „mitgemacht“.

Mitgemacht? Was hätte ein durch Überzeugung, Zufall oder Familie, was hätte ein Nicht-Nazi denn tun können? Er hätte als ein Held und Heiliger das tun können, was die Opfer selbst auch nicht getan haben, die Helden und Heiligen immer ausgenommen.

Er hätte sich für seinen biblisch Nächsten opfern können, mit seinem Leben. Das haben die Deutschen, das haben die Juden nicht getan. Kein moralischer Unterschied also zwischen der schweigenden Mehrheit der Deutschen und der schweigenden Mehrheit der Juden.

Kein Unterschied übrigens zwischen jenen palästinensischen Terroristen, die in München aktiv waren, und jenen Israel-Kombattanten, die 1946 das Hotel „King David“ in Jerusalem in die Luft gesprengt und 1948 den Uno-Vermittler Graf Folke Bernadotte erschossen haben. Frauen und Kinder wurden nicht geschont, als 1948 das Dorf Deir Jassin vernichtet wurde, ohne jeden Grund. War Begin da etwa abseits?

So ist zwar nicht taktvoll, aber wahr, was „PPP“, jener der SPD nahestehende „Parlamentarisch-Politische Pressedienst“, jetzt schreibt: Begin sei „ein Politiker mit Bombenleger-Vergangenheit“, ein Politiker, der dem Verbrecher Somoza in Nicaragua bereitwillig Waffen geliefert habe. Irgendwo muß mit der doppelten Moral einmal Schluß sein.

Wenn man diesem Gedankengang folgt, und wie sollte man ihm nicht folgen, so gewinnen die Schimpftiraden des israelischen Ministerpräsidenten Begin und seines Außenministers Schamir ein eigenes Gewicht. Empfindlich sollten wir nicht sein, aber verwahren müssen wir uns.

Unser Bundeskanzler Helmut Schmidt und sein Außenminister Hans-Dietrich Genscher geben zu dieser ständigen moralischen Erpressung, möge sie nun durch Wahlkampf ausgelöst sein oder nicht, nichts her. Sie haben sich so moralisch verhalten wie die übergroße Mehrheit der jüdischen Opfer auch. Sie haben (bei minimaler Hilfestellung, wo sie konnten) ihr Leben für ihre jüdischen Mitbürger nicht geopfert. Das, und nur das, ist ihre (und unsere) Schuld.

Warum müssen sie in Fragen der Vernunft und der Politik (zugegeben, nicht immer dasselbe) als Henkersknechte und Helfer und Nachkommen von Henkersknechten öffentlich beschimpft werden? Leute, die derzeit nicht tun, was Begin und Schamir derzeit ständig verantworten: Verstöße gegen die Menschenrechtskonvention, Folter, rassistische Verbrechen.

Es mag ja sein, daß die Israelis ihr Verhalten rechtfertigen und entschuldigen können. Aber doch gewiß nicht mit dem Hinweis auf die Vergangenheit. Denn die Araber haben an dieser Vergangenheit nicht teil. Wie die Juden Opfer der deutschen Nazis waren, so sind die Araber nunmehr Opfer der Israelis. Daß zwischen Hitler und Begin ein Vergleich nicht möglich ist, versteht sich am Rande.

Wer jemals in Israel war, hat mit äußerster Betrübnis die Überwertigkeits-Arroganz der drei Millionen Israelis gegenüber den hundert Millionen Arabern zur Kenntnis nehmen müssen; richtiger, der führenden, im übrigen nichtdeutschen Schicht.

Man wußte ja, daß Kinder, die geprügelt worden sind, ihre Kinder wieder prügeln. Konsequenterweise verhalten sich die Kinder Israels gegenüber ihren arabischen Nachbarn so, wie Preußen und Russen gegen ihre jüdisch-polnischen Mitbürger vor 1914.

Das alles würde Sinn machen, wenn die Deutschen die Hauptkontrahenten der Israelis wären, Auge um Auge, Zahn um Zahn, oder wenn ihre eigentlichen Hauptkontrahenten, die Araber, nach Zahl und Macht ihnen etwa gleichstünden.

Dies ist nicht der Fall. Dem Kanzler Schmidt gebührt von seiten der Israelis Dank, weil er nicht nur absichtlich, sondern objektiv eine Politik treibt, die den zweiten Holocaust gegenüber Juden verhindern soll. Er folgt hier den Spuren von Willy Brandt, der physisch

Angst um das physische Überleben des Staates Israel und seiner Bevölkerung empfunden hatte, nachdem er mit der Eisernen Großmutter Golda Meir zusammengesprochen war.

Wir haben uns gewöhnt, den Israelis keine direkten Ratschläge mehr zu geben, weil ein mühevoller Lernprozeß uns gelehrt hat, daß wir die Interessen und Bedürfnisse eines vom Untergang bedrohten und sich vom Untergang bedroht fühlenden Volkes nicht hinlänglich beurteilen können. Verbitten aber müssen wir uns die moralischen Zensuren für unsere eigene Politik, für ehrenwerte Politiker. Die Herren Schmidt und Genscher haben nicht nötig, sich für die Politik des Adolf Hitler rechtfertigen zu müssen. Sie haben diese Politik nicht gemacht.

Wir verbitten uns Zensuren seitens einer Regierung, die gewiß nichts anderes im Sinn hat als ihre eigenen, nicht immer vernünftigen Interessen. Was haben die Gebeine der biblischen Stamm-Mutter Sarah im jordanischen Hebron mit der Politik des 20. Jahrhunderts zu tun?

Wir können den Staat der Juden nicht hindern, mit Begin und Schamir auf seinen eigenen Untergang bedacht zu sein. Allenfalls könnten die Vereinigten Staaten das tun, wenn sie im Ernstfall die Hände frei hätten. Der Staat der Juden ist nun einmal, auch ohne Begin und Schamir, ein landnehmender, ein erobernder, ein auf Eroberung programmierter Staat, in einer nach Rohstoffen und nach Zahl der Leute überlegenen Umwelt.

Wir, die Bewohner der Bundesrepublik, können nur eine uns vernünftig erscheinende Politik treiben, die möglicherweise, aber auch nur möglicherweise, den Interessen des Staates Israel besser dient als die Politik von Begin und Schamir.

Mit Politik kann man nicht gutmachen, was Hitler und seine Leute ange richtet haben. Aber soweit Politik hat gutmachen können, waren wir zur Stelle.

Dies alles hat nun mit Hitler nichts mehr zu tun, nichts mit der Hitler-Jugend, nichts mit den Flakoffizieren Schmidt und Strauß, nichts mit Hitler-Jungen und Kriegsleutnants überhaupt. Auch nichts mit irgendeiner „Moral“, es sei denn, daß die politischen Interessen und Bedürfnisse der EG, daß die „Moral“ der EG, es nicht zulassen könnte, daß der Staat Israel zerschlagen wird.

Nicht zufällig wird der Staatspräsident des von Hitler zerschlagenen Frankreich mit dem schneidigen Wehrmacht-Offizier Helmut Schmidt auf gleicher Stufe abgekanzelt. Würde Israel alle militärische und finanzielle Unterstützung erhalten, die es begehrt, so wäre sein Untergang beschlossene Sache. Es ist nackter Irrsinn, die Politik des Staates Israel auf dem alttestamentarischen Prinzip des Gottes Jahwe zu begründen, der bis ins dritte und vierte Glied moralisch zensiert.

75 Prozent der westdeutschen Bevölkerung waren 1933 jünger als zehn Jahre oder noch nicht geboren. Was haben die wohl mit den vernünftigen oder unvernünftigen Bedürfnissen und Interessen des Staates Israel zu tun? Wo sollen die denn eine moralische Verpflichtung empfinden, die über ihre eigenen Interessen und die der europäischen Staatenwelt hinausgeht? Groß-Israel ist nicht ihr und auch nicht unser Anliegen. Wir wollen nur nicht, daß die in Israel versammelte Bevölkerung der Juden untergeht.

Jawohl, es gibt keine Verpflichtung mehr gegenüber der Politik von Begin und Schamir, wie Asher Ben Natan, ehemals Botschafter in Bonn, sehr richtig argwöhnt. Jawohl, es gibt für die Bundesrepublik eine „Politik der wirtschafts- und energiepolitischen Zweckdienlichkeit“ (Asher Ben Natan). Auch Israel täte gut daran, sich nicht auf die Gebeine der Stamm-Mutter Sarah zu berufen, mit denen Arminius der Cherusker nichts zu schaffen hat, und im übrigen auch nicht auf eine Vergangenheit, an der die Araber nicht schuld sind. Die Israelis täten gut daran, sich mit Blick auf die Zukunft wie wir auf „Zweckdienlichkeit“ einzurichten.

Will denn etwa der Staat Israel mit einer konstruktiven Friedenspolitik gegenüber seinen arabischen Nachbarn so lange warten, bis auch der letzte vor 1945 geborene Deutsche gestorben ist? Das könnte zu spät sein. Es würde den Juden Israels wenig nützen, wenn sie nicht nur selbst ausgelöscht wären, sondern auch die Bundesrepublik samt anderen Staaten in den zweiten Holocaust mit hineingezogen hätten.

Privat darf Begin die Deutschen hasen, das ist seine persönliche Sache. Grund genug dazu hat er. Aber als Politiker darf er nicht hasen. Es geht nicht an, daß einer sich weigert, die Hand zu schütteln, aus der er Scheine annimmt. Wir sind nicht anders und nicht schlechter als Begin selbst.

Es geht nicht an, daß man sich als Staatsmann Privatgefühle leistet. Israel soll leben. Was wir alle, Begin und Schamir eingeschlossen, vermeiden müssen und wollen, ist der zweite Holocaust.

digung für den israelischen Ministerpräsidenten gelten lassen wollte.

SPD-Fraktionschef Herbert Wehner bemühte das zweite Buch Mose: „Du sollst kein falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.“

Kanzler-Vertraute fühlten sich, makaber genug, an die Tiraden Hitlers erinnert, der im Zweiten Weltkrieg den englischen Premier Winston Churchill als „wahnsinnigen Paralytiker und Säufert“ beschimpft hatte. „Noch nie“, setzte sich ein Schmidt-Berater, „hat es so was gegeben — außer im Krieg.“ Erschreckt kabelte der Israel-Botschafter Yohanan Meroz nach Jerusalem, doch das Feuer endlich einzustellen. Begin blieb ungerührt: „Laß sie nur zertorn“ — und setzte mit immer neuen Attacken nach.

Dreieinhalb Jahrzehnte nach der Kapitulation des Hitler-Regimes ist offen-

Obendrein fordert der israelische Ministerpräsident von allen Deutschen, alten und jungen, Schuldgefühle gegenüber den Opfern des Nazi-Terrors. Mit unnachsichtigem Haß verfolgt er das Volk, dessen verbrecherisches Regime seine Familie und Millionen Juden hinhängen ließ. „Ich habe dem deutschen Volk als Ganzem nie vergeben“, so Begin. „Ich werde ihm nie vergeben, denn sie tragen gemeinsame Schuld.“ Und: „Solange Hitler Siege brachte, bejubelten sie ihn. Später, als der Niedergang begann, haben sie sich ein wenig abgewendet.“

Begin erneuert die These von der Kollektivschuld, die in den ersten Jahren der Bundesrepublik diskutiert wurde, von der die Nachkriegsdeutschen aber schon bald aufatmend wieder Abstand nahmen. Der erste deutsche Bundespräsident, Theodor Heuss, sprach



Nahostpartner Ben Gurion, Adenauer 1960: Waffen zur Wiedergutmachung

bar geworden, daß die jüdischen Überlebenden des Völkermords die Vergangenheit nicht vergessen wollen. Aus den Verbrechen der Nazis leitet Begin, ohne Wenn und Aber, die Pflicht der Deutschen zur bedingungslosen Unterstützung israelischer Politik ab.

In den Angriffen auf Schmidt steckt der Vorwurf, jeder „gute Kämpfer“ (Begin) an der Ostfront sei sicher auch in die Judenverfolgungen verwickelt gewesen. Die deutschen Soldaten geraten so in einen Generalverdacht. Der Oberleutnant Schmidt wird als prominentes Beispiel für diese These vorgeführt.

Begin formuliert damit, mitten im Wahlkampf, eine gängige Meinung in Israel. Dabei kann er sich auch auf Historiker berufen, die eine Beteiligung der Wehrmacht am Vernichtungsfeldzug gegen die Juden immer genauer nachweisen können.

vielmehr 1949, unter allgemeinem Beifall, von „Kollektivscham“.

Bei allem Zorn über die Beschimpfungen aus Jerusalem war der Kanzler von Anfang an entschlossen, nicht mit gleicher Münze heimzuzahlen. Schon am vorletzten Wochenende, nach den ersten Attacken von Außenminister Jizchak Schamir, hatte Schmidt seinen Regierungssprecher Kurt Becker angewiesen, kühl und zurückhaltend zu antworten.

Schamir war noch vor seinem Chef Begin grob geworden. Schmidts Erklärung nach seiner Riad-Reise, es gebe auch eine moralische Verpflichtung gegenüber den Palästinensern, kommentierte der israelische Außenminister: „Plötzlich gibt es eine neue Verpflichtung des Kanzlers gegenüber denen, die versuchen, das Werk, das die Nazis nicht vollenden konnten, fortzusetzen.“

Als dann Begin nachtrat, wies Becker die Vorwürfe nur knapp zurück:

„Solche Entgleisungen stehen wohl im Zusammenhang mit dem israelischen Wahlkampf. Aber auch ein Wahlkampf entschuldigt nicht abwegige und beleidigende Behauptungen.“ Schmidt vor den Koalitionsfraktionen: „Ich habe dem nichts hinzuzufügen.“

Der Bundesaußenminister hatte anfangs zu noch mehr Vorsicht geraten. Während der Nato-Konferenz in Rom zensierte Hans-Dietrich Genscher den Becker-Spruch mit „nicht gut“. Doch die Empfehlungen des ängstlichen Taktikers waren überflüssig. Schmidt wußte nur zu gut, daß er sich mit seinem israelischen Widersacher nicht auf einen öffentlichen Streit einlassen durfte. Ein Kabinettsmitglied: „Ein deutscher Regierungschef, der sich auf diesen Schlagabtausch einläßt, kann nur verlieren.“

Die Bonner glauben zu wissen, daß Begin seine Ausbrüche genau kalkuliert hat. Denn zu Kritik an europäischer Nahost-Politik hätte er schon Gelegenheit gehabt, als Englands Premierministerin Margaret Thatcher eine Woche vor Schmidts Besuch den Saudis Kriegsgüter anbot. Aber erst den Deutschen, der die Waffenwünsche der Öpotentaten derzeit nicht erfüllen kann, traf Begin alttestamentarischer Zorn.

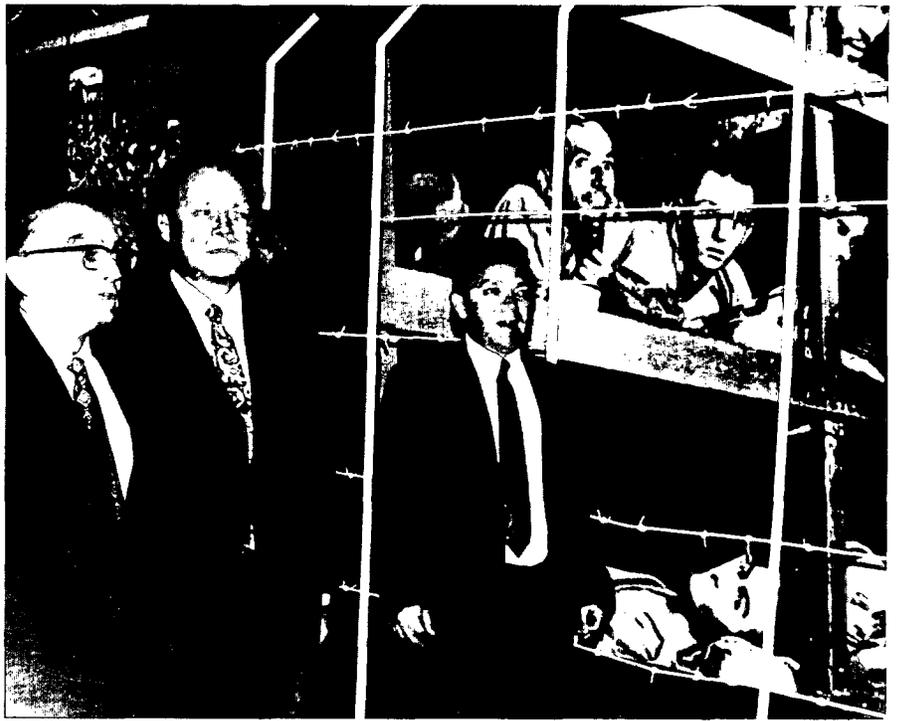
Mehrfach ließ er sich vernehmen, er werde einem deutschen Kriegsteilnehmer nicht die Hand geben — und meinte Schmidt, denn dem ehemaligen Oberleutnant Franz Josef Strauß, der auch an der Ostfront gedient hatte, ging Begin vor Jahresfrist mit ausgestreckter Hand entgegen.

Mit seiner Polemik liegt er im israelischen Wahlkampf genau richtig (siehe Seite 118). Selbst Oppositionsführer Schimon Peres mochte nur an der Form der Schelte mäkeln, auf die Kritik an Schmidts Arabien-Tour stieg auch er voll ein. Den Freunden von der SPD in Bonn bedeutete Peres allerdings, er halte die Ausbrüche des Premiers für unverantwortlich, sei aber außerstande, sich vor der Wahl deutlicher zu äußern.

Die Bonner versuchen auch deswegen zu bremsen, um Begin nicht weitere Vorwände für neue Schmähungen zu liefern. Der Israeli könnte damit die antideutsche Stimmung in seinem Land weiter aufputschen und es auch noch zu seinen Gunsten ausnutzen, wenn in der Bundesrepublik die Antisemiten Front gegen ihn machen.

Schon jetzt erhält die SPD-Zentrale, mehr als sonst, jüdenfeindliche Briefe. Hildegard Hamm-Brücher, Staatsministerin im AA, sorgt sich, „daß all die aus ihren Löchern kommen, die schon immer was gegen Israel hatten“.

Die Bundesregierung will sich nicht vorwerfen lassen, sie habe durch harsche Reaktionen auf Begin solche Reaktionen aus dem rechten Untergrund noch gefördert. Erst wenn nach der Israel-Wahl „die Scherben eingesammelt werden“, so ein Kanzler-Berater, wer-



Israel-Besucher Brandt (2. v. l.): „Nahostpolitik im Minenfeld“

den wir deutlich machen, daß sie so nicht mit uns verfahren können“.

Auch Kanzler Schmidt aber hat dazu beigetragen, daß die Beziehungen zwischen Bonn und Jerusalem in die Brüche gegangen sind. Nie verhehlte er, daß seine Gefühle für Israel nicht der Politik Menachem Beginns gelten. „Der Kanzler“, so ein Mitarbeiter Schmidts, „hat in den letzten zwei Jahren regelmäßig die Schraube ein wenig weiter gedreht, wenn er sich über Begin geärgert hat.“

Anlässe dazu fanden sich genug. So belehrte Begin die Deutschen, gerade sie sollten sich mit Kritik an seiner Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten gefälligst zurückhalten. „Sich mit jüdischem Blut arabisches Öl zu erkaufen“, kanzelte der Israel-Premier im Juli 1979 Berlins damaligen Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe ab, sei „absolut widerlich“.

Und nach Willy Brandts Treffen mit PLO-Chef Jassir Arafat in Wien schimpfte Begin im israelischen Parlament: „Bei einem Sieg der PLO über Israel hätte Brandt seinen Kniefall wiederholen müssen, um die Juden um Vergebung zu bitten.“ 1970 war der Kanzler Brandt am Ehrenmal im ehemaligen Warschauer Getto niederkniet, eine Geste, die damals die Welt beeindruckte.

Bonns Regierungschef, der den „Konflikt um Palästina“ (Schmidt) für den gefährlichsten aller Krisenherde hält, redet seinerseits Klartext, wenn er vor Vertrauten auf Beginns Politik zu sprechen kommt: Was der israelische Ministerpräsident inszeniere, so der

* 1973 in der Gedenkstätte Jad Waschem mit dem ehemaligen Generalstaatsanwalt Gideon Hausner (l.).

Kanzler vergangenes Jahr, sei gefährlich. Es drehe sich einem das Herz um, daß ein Mann eine Nation ruinieren könne, die zum erstmalig in ihrer neuen Geschichte über ein eigenes Staatsgebiet verfüge. Schmidts Fazit über den Friedensnobelpreisträger aus Jerusalem: „Dieser Mann ist eine Gefahr für den Frieden.“

Seit sechs Jahren zögert der Kanzler einen Besuch Israels hinaus, zu dem ihn auch Begin mehrmals eingeladen hatte. Zunächst schoben die Bonner Termenschwierigkeiten vor, was in Israel als Beleidigung empfunden wurde. Dann knüpfte Schmidt eine Reise an Bedingungen: Er werde erst fahren, wenn seine Visite nützlich für den Fortschritt bei den Friedensbemühungen sei. Solche Erfolge allerdings hält der Kanzler für unmöglich, solange Begin regiert.

Zu einer härteren Gangart gegen Israel sieht sich Schmidt auch deshalb ermutigt, weil er befürchtet, Begin blockiere mit seiner sturen Siedlungspolitik im Westjordanland jede Friedensregelung im Nahen Osten. „Einfach Gebiete besetzen und nicht wieder rausgehen“, tadelt ein Regierungsmitglied, „das geht nicht.“

Die Israelis reagieren auf Kritik aus Europa und auf die Forderung der EG, der PLO Mitsprache bei Friedensverhandlungen einzuräumen, stets beleidigt. „Sie mäkeln am Erreichten und makeln, wo sie nichts erreichen können“, beschwerte sich Ex-Staatssekretär Gideon Rafael vorletzten Woche in Bonn über die Europäer.

Die Deutschen, so das Argument aus Jerusalem, seien auf dem Irrweg, wenn sie glaubten, daß politische Konzessionen an Arafat die Ölzufuhr

sicherten. Rafael: „Die PLO hat genausoviel Einfluß auf die arabische Ölversorgung wie die Rote Armee Fraktion auf die deutsche Kohleförderung.“

Der immer wieder vorgetragene Verdacht, die Europäer wollten für arabisches Öl die Freundschaft mit Israel aufkündigen, gilt vor allem den Deutschen. Sie haben aus israelischer Sicht schon seit 1974 die Position Israels geschwächt, weil sie als erste unter den Westeuropäern ein Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser reklamieren. Begin hat es nie interessiert, daß die Bonner andererseits, etwa beim EG-Treffen voriges Jahr in Venedig, darauf drängten, das Selbstbestimmungsrecht für Palästinenser an das Existenzrecht Israels zu knüpfen.

das Öl, sondern die Hallstein-Doktrin die Bundesregierung zu Eiertänzen: Bonn wollte mit keinem Staat Beziehungen haben, der auch die DDR anerkannte.

Aus Furcht, die arabischen Staaten könnten Bonns Alleinvertretungsanspruch durchbrechen, versuchten die regierenden Christdemokraten deshalb, nicht zu eng mit den Israelis zu paktieren. So erklärte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer 1952 zwar bereit, den Juden mehr als 3,5 Milliarden Mark in einem Zeitraum bis zu 14 Jahren als Wiedergutmachung zu zahlen. Er vermied aber, Israel die Aufnahme diplomatischer Kontakte anzubieten.

Erst drei Jahre später wagte sich das Auswärtige Amt mit der Offerte vor, eine deutsche „Sichtvermerkstelle“ in

kauf hatten, lieferten Flugzeuge, Lastwagen, Geschütze, Schnell- und Unterseeboote im Wert von über 300 Millionen Mark. Den mißtrauisch gewordenen Arabern versicherten sie dagegen, Tel Aviv erhalte keine einzige Patrone.

Arabische Geheimdienste fanden schließlich die Wahrheit heraus. Erzürnt über den deutsch-israelischen Handel, bat der damalige ägyptische Staatschef Gamal Abd el-Nasser 1964 den DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht zur Visite nach Kairo.

Um Nasser zu bewegen, Bonns Todfeind wieder auszuladen, stoppte die Regierung des Adenauer-Nachfolgers Ludwig Erhard die Waffengeschäfte — vertragswidrig, denn Gerät im Wert von 80 Millionen Mark war noch nicht geliefert.

Die Israelis bestanden auf Kontrakterfüllung. Ministerpräsident Levi Eschkol: Deutschland sei moralisch verpflichtet, Israel für seine Verteidigung auszurüsten, denn zwischen beiden Ländern bestehe ein „einmaliges und unvergleichliches historisches Gefüge“.

Erhard blieb hart. Als Ausgleich bot er nun endlich diplomatische Beziehungen an. Ergebnis: Zehn arabische Staaten, voran Ägypten, brachen mit Bonn.

Trotz des Austauschs von Botschaftern taten sich die Regierungen schwer miteinander. Als Ex-Kanzler Adenauer 90jährig im Mai 1966 zum erstenmal Israel besuchte, kam über Eschkols Lippen kein Wort der Versöhnung. Die Deutschen müßten, so nach wie vor die Forderung aus Jerusalem, ihren Gesinnungswandel und ihre neue Vertrauenswürdigkeit täglich beweisen.

Erst die Sozialliberalen vermochten sich dem israelischen Druck etwas zu entziehen. Die Haftung für die „Blutschuld der Vergangenheit“ dürfe die außenpolitische Handlungsfreiheit der Bundesrepublik nicht mehr beschränken — so der damalige Außenminister Walter Scheel. Er verlangte 1973, Israel solle endlich die „territoriale Besetzung“ beenden und die „legitimen Rechte der Palästinenser berücksichtigen“.

In dem Maße, in dem die Bundesregierung die Ölstaaten am Golf hofierte, steigerte sich das Mißtrauen der Israelis. Offene Empörung mußte laut werden, als nun auch noch die Pläne Helmut Schmidts öffentlich wurden, die Saudis mit Panzern aufzurüsten.

Grund zur Klage haben indes die Araber — über die deutsch-israelische Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet. Israelis, die in der Rüstungsindustrie ihres Landes arbeiten, nennen die Deutschen unbefangen ihre „wichtigsten Verbündeten nach den USA“.

Zwar taucht Israel in den vertraulichen deutschen Exportstatistiken für fertige Flugzeuge, Panzer, Schiffe, Raketen und Geschütze nicht auf. Es be-



Israel-Besucher Strauß, Gastgeber Begin (1980): Keinem Deutschen eine Hand?

Als Kanzler Schmidt, aus Saudi-Arabien zurück, über die Beschlüsse von Venedig hinausging und den Palästinensern ein moralisches Recht auf staatliche Selbstorganisation zusprach, sah Begin all seine Vorurteile bestätigt.

In der Erregung über die Begin-Ausfälle gerät allerdings nur zu leicht in Vergessenheit, daß die deutsch-israelischen Beziehungen seit jeher geprägt sind von Krisen und Krächen, Pannen und Peinlichkeiten.

Die Ursache der Spannungen blieb dabei stets die gleiche. Trotz Hitler und Holocaust weigerte sich Bonn beharrlich, auf die Forderung der Israelis einzugehen; gemeinsam mit ihnen gegen die Araber Front zu machen.

Jerusalem zeigte dafür kein Verständnis. Der stete Vorwurf: Bonn verhalte sich aus Furcht um seine Handelskontakte zu den arabischen Staaten opportunistisch, statt die historische Schuld gegenüber Juden abzuzahlen.

In den fünfziger und sechziger Jahren trieb freilich nicht die Sorge um

Israel zu eröffnen. Doch kurze Zeit darauf zuckten die Bonner wieder zurück: Auf einer Konferenz in Istanbul im Mai 1956 warnten die westdeutschen Nahost-Botschafter, bei weiterer Annäherung an die Israelis würden die Araber Ost-Berlin anerkennen.

Auch bei einem Geheimgespräch mit dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten David Ben-Gurion 1960 in New York, der ersten Begegnung eines deutschen Regierungschefs mit seinem israelischen Kollegen, gab Adenauer nicht nach. Aber er versprach den Israelis günstige Kredite, die er unter strenger Geheimhaltung überweisen ließ.

Adenauer erklärte sich zudem zu einem Geschäft bereit, das 1964 zu einem Fiasko der Bonner Nahost-Politik führte: Er sagte zu, Waffenlieferungen an Israel zu genehmigen.

Die Deutschen, die 1957 schon einmal heimlich Uzi-Maschinenpistolen, Granatwerfer, Munition und Unterho-

zog, unter der Rubrik „sonstige Kriegswaffen“, nach einer Aufstellung des Wirtschaftsministeriums, lediglich 1977 Gerät für 6,087 Millionen Mark.

Israel aber ist Großabnehmer für technische Dokumente, Maschinen zur Waffenherstellung und Teile von Kriegswaffen.

Die Bielefelder Firma Gildemeister zum Beispiel führte nach ihrer Computerübersicht vom 23. Januar 1980 Maschinen, Maschinenteile, Geschößspitzen, Geschößkörper, Zünderteile und Flugstabilisatoren nach Israel aus. Empfänger war die israelische Firma Soltam, die zum Gewerkschaftskonzern Koor gehört und sich auf Mörser und Kanonen spezialisiert hat.

Auch der Austausch von technischem Know-how funktioniert.

Als die Franzosen 1967 die Lieferung ihrer „Mirage-V“-Jagdbomber und die Engländer zwei Jahre später die Lieferung ihrer „Chieftain“-Panzer stoppten, mußten die Israelis eigenes Kriegsgeschütz entwickeln: den „Kfir“-Jäger und den „Merkava“-Panzer.

Wann immer sie Fragen hatten: Die Deutschen halfen mit Blaupausen und Maschinen aus — egal ob es um Stahlverarbeitung, Panzerplattenlegung oder Triebwerks- und Zellenteile ging. Nicht nur „handelsübliche Ware“ wurde geliefert, wie die Israelis behaupten, sondern auch Papiere und Teile, die als „geheim“ eingestuft sind.

Wenn es um Israel geht, sind die Bonner sogar noch pingeliger als sonst.

Seit Helmut Schmidt (1969 bis 1972) Verteidigungsminister war, gilt für die deutschen Rüstungsproduzenten die — niemals schriftlich fixierte — Anweisung, daß es vor den Israelis keine Geheimnisse gibt. Und das, obwohl die Israelis inzwischen selbst unbekümmert in alle Welt Rüstungsgüter exportieren — von Südafrika bis Südkorea. „Die Israelis“, so ein deutscher Waffenhändler, „erfahren von uns mehr als die Nato-Verbündeten.“

Die Israelis kennen nicht nur den „Leo 2“-Panzer und seine gefürchtete Kanone in allen Einzelheiten, sondern auch den „Tornado“-Jagdbomber mit seiner komplizierten Elektronik. Ihre Kenntnisse fließen in die Entwicklung des Kfir-Nachfolgers „Lavie“ und des „Merkava“ II und III ein. „Ähnlichkeiten“, spöttelte ein israelischer Panzeringenieur, „sind rein zufällig.“

Als der SPD-Abgeordnete Karl-Heinz Hansen kürzlich wissen wollte, welche Länder Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe von der Bundeswehr erhalten, blieb Hildegard Hamm-Brücher, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, zugeknöpft, weil sie nur schriftlich antworten wollte.

In ihrer Liste der Empfänger von Ausbildungshilfe stand, alphabetisch zwischen Indonesien und Japan eingeordnet, Israel. Die Dienstleistung der Deutschen definierte die Ministerin so: „Dabei werden militärische

Fach- und Führungskennnisse (zum Beispiel Ausbildung zum Bataillonskommandeur oder Generalstabsoffizier) wie auch technische Kenntnisse (zum Beispiel Ausbildung zum Kfz-Mechaniker oder Flugsicherungsoffizier) vermittelt.“

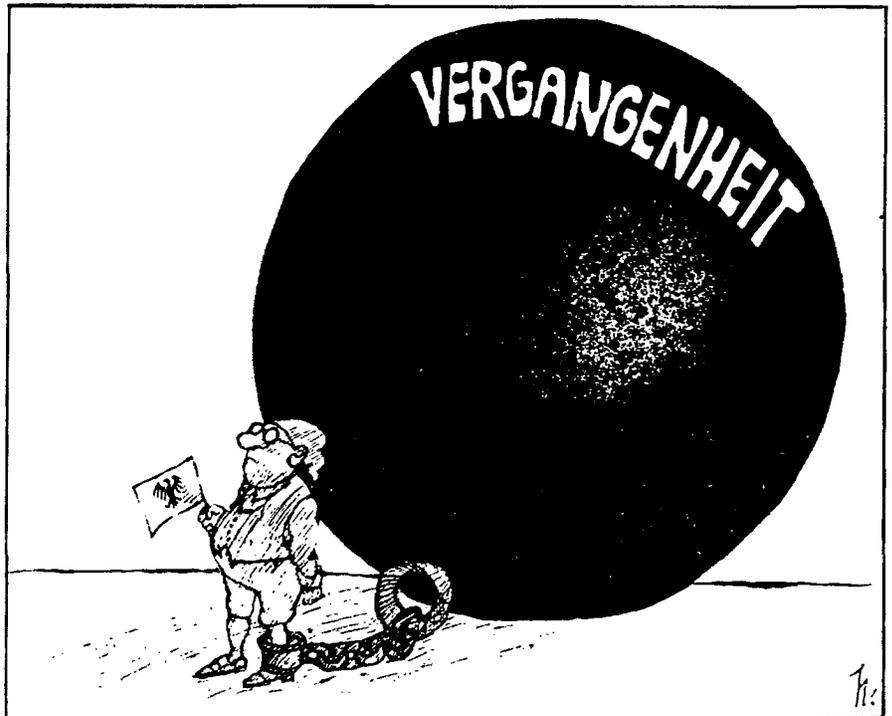
„Wir sind“, faßte ein Vertrauter Helmut Schmidts zusammen, „in der militärischen Zusammenarbeit bis an die Grenzen des Erlaubten gegangen.“

Daß Schmidt nun auch mit den Saudis eine militärische Zusammenarbeit sucht, verbittert nicht nur Politiker in Israel, sondern irritiert auch manche Sozialliberalen in Bonn. Sie akzeptieren zwar die besondere Verpflichtung der Bundesrepublik gegenüber Jerusalem,

mitglied, „das ist doch letztlich würdelos.“

Die Schmidt-Kritiker werfen dem Kanzler überdies vor, er habe die PLO eigenmächtig aufgewertet, als er den Palästinensern in Riad das Recht auf „staatliche Selbstorganisation“ bescheinigte. Sie teilen die Befürchtung in Jerusalem, ein PLO-Staat bedrohe die Existenz Israels.

„Ich sehe nicht“, so Annemarie Renner, Vizepräsidentin des Bundestags, „wie das zu verwirklichen ist.“ Und der FDP-Abgeordnete Burkhard Hirsch fragt, wieso eine „Organisation, die den Terror gegen Kinder und Frauen als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen betrachtet“, über-



Die alte Fessel

Westdeutsche Allgemeine

doch Waffenexporte als generelles Schmiermittel westdeutscher Außenpolitik sind ihnen grundsätzlich zuwider.

SPD-Chef Willy Brandt lastet dem Kanzler an, Schmidt trage durch ungeschicktes Taktieren in dieser heiklen Frage Mitschuld, daß in der Partei der Glaubenskrieg ausgebrochen sei. Er, Brandt, habe seinen Nachfolger rechtzeitig gewarnt: „Ich hoffe, du weißt, in welches Minenfeld du dich begibst.“

Der Kanzler habe es versäumt, die Israelis und die Nato-Partner beizeiten über die geheimen Saudi-Wünsche zu unterrichten. Jetzt sei keine klare politische Linie mehr zu erkennen.

Suspekt erscheint vielen Sozialliberalen, wie plump der Kanzler den Saudis seine Avancen macht. Überschwänglich lobte er letzte Woche vor den beiden Fraktionen die Saudis zum zweitwichtigsten Bonner Partner nach den USA hoch. „Mich stört diese Unterwürfigkeitspose“, mokiert sich ein Kabinetts-

haupt als Verhandlungspartner akzeptiert werde.

Auf solche Einwände reagiert der Kanzler empfindlich. Niemand könne behaupten, so Schmidt vor der FDP-Fraktion, er habe die Moral für sich gepachtet. Und im kleinen Kreis klagte er, die anderen redeten über Moral, „ich aber muß die Kastanien aus dem Feuer holen.“

Die Moral des Kanzlers hat sich freilich gewandelt. Bei einem Besuch im Lager Birkenau hatte Schmidt 1977 bekannt: „Wir heutigen Deutschen sind als Personen nicht schuldig, aber wir haben die politische Erbschaft der Schuldigen zu tragen, hierin liegt unsere Verantwortung.“

Auf dem Rückflug aus dem Nahen Osten am Donnerstag vorletzter Woche klang es ganz anders: Die deutsche Außenpolitik der neunziger Jahre, mahnte der Kanzler, dürfe „nicht von Auschwitz überschattet“ werden.